Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Altmarkt No. 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis vormittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 12 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Adolf Näter, Prager Strasse 26
Fabrik feiner Lederwaren
Weihnachts-Neuheiten.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. – Berlin W. 61. – Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Fächer in allen Preislagen.
Ball-Schmuck in echter Fassung.
Friedrich Pachtmann, Schloss-Str.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 341. Spiegel: Regierung u. Zentrum. Der König in Riesa, Tückeranlage, Preiskegeln. Internat. Lage. Kirchenpolit. Lage Frankreichs, Marokko. Konservatorium, Musikabend Smith-Werner. | Wahrsch. Witterung: **Kalt, Schnee.** | **Dienstag, 11. Dezember 1906.**

Zur Attacke!

Die Kolonialdebatten sind vorüber, aber noch lange wird die Erregung im deutschen Volke nachzittern: hat sich doch mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wohin wir unter der Zentrumsherrschaft treiben. Weite Kreise, die bisher in unbegreiflicher Lauheit dem Kampf gegen den Ultramontanismus fernstanden und mit verschränkten Armen zusahen, wie andere sich mühten, den „Zentrumssturm" zu berennen, werden sich wohl die Augen gerieben haben, als endlich sogar die lammfromme Regierung durch den Mund des neuen Kolonialdirektors das schamlose brutale Treiben der „regierenden Partei" vor aller Welt brandmarkte. Wer des jetzigen Reichskanzlers Art und sein bisheriges Verhältnis zum Zentrum etwas genauer kennt, wird wissen, daß nur die eherne Notwendigkeit ihn zu einer Art Oppositionsstellung gegen die Hundertstimmenpartei hat bewegen können. Keiner vielleicht ist so stark von der Richtigkeit des Satzes überzeugt gewesen, daß jede Regierung mit dem Zentrum rechnen müsse, als Fürst Bülow. Wie ein Leitmotiv zog sich dieser Gedanke durch alle seine Erwägungen, Berechnungen und Handlungen hindurch, und noch nie hatte er es gewagt, ernsthaft mit den Schwarzröcken anzubinden oder gar ihre Vormachtstellung im Reichstage zu brechen. Das letztere dürfte allerdings bei den dermaligen Parteiverhältnissen recht schwer fallen, und deshalb ist es schon als ein erfreulicher Fortschritt zu begrüßen, daß Fürst Bülow überhaupt einmal den übermütigen Herren die Stirn gezeigt und wider den unerträglichen Zentrumsstachel geleckt hat. Sicher hat er's nicht gern getan, konnte er sich doch von vornherein sagen, daß seine Stellung dadurch schwieriger werden mußte — aber das Joch war unerträglich! . . . . Auch Fürst Bülow verschloß seine Augen nicht mehr vor dem übelriechenden politischen und moralischen Sumpf, in den die Zentrumskamarilla uns hineingeführt hat. Denn bei der so scharf aufgedeckten, unwahrhaftigen Beeinflussung des Kolonialamts handelte es sich wirklich um keinen Einzelfall. Nicht bloß Direktor Stübel ist durch das kaudinische Joch gekrochen, nicht nur im Kolonialamt gingen die Wortführer und Pflichtvergessenen des Zentrums wie die Herrscher ein und aus — auch in anderen Aemtern und Ministerien hat man, wie die „Tägl. Rundsch." treffend ausführt, längst das Zentrum fürchten gelernt und Dienstbeflissenheit gegen die Parteigewaltigen als Pflicht eines braven Staatsbeamten aufgefaßt. Als jüngst ein Zentrumsführer einen Geheimrat in einem Ministerium besuchen wollte und dieser ihm kurz seine Sprechstunde angab, erhielt er von seinem Minister einen gewaltigen Rüffel, da man so maßgebende Persönlichkeiten nicht warten lassen dürfe, sondern selbst aufsuchen müsse. Welcher Parlamentarier kennt nicht den Einfluß des Herrn Trimborn im Reichsamt des Innern, von anderen Aemtern und Parlamentariern nicht zu reden? Wer weiß nicht, wie weit die Liebedienerei des preußischen Kultusministers Dr. Studt gegen alle nur möglichen Wünsche des Zentrums ging, gleichviel ob sie berechtigt oder unberechtigt waren?

Kurzum, Zentrum war Trumpf, und das deutsche Volk spürte seine Herrschaft wie einen lähmenden Alpdruck . . . Eine tiefe Sehnsucht ging durch die deutschen Lande, eine Sehnsucht nach dem Frühlingssturm, der die Luft rein fegen und und das Gekrächze der schwarzen Vögel verscheuchen sollte. Aber es blieb bei der Sehnsucht, beim Hoffen, Harren! — Wohl riefen vaterlandstreue Männer in der Presse und auch sonst mit flammenden Worten zum Kampf, aber vergeblich. Unsere parteipolitische Zerklüftung ist so groß, daß wir nicht einmal den gemeinsamen Gegnern gegenüber zur Einigkeit und wuchtigen Geschlossenheit gelangen. Das Zentrum war Herr der Situation und schickte sich gerade an, bei den Kolonialdebatten mit moralischen Keulenschlägen auf die Regierung und insbesondere auf die Kolonialabteilung einzudringen, um sich mit immer neuen „Enthüllungen" neuen Machtzuwachs zu schaffen, als das Unerwartete geschah und Herr Dernburg mit einem wahren furor teutonicus den auf ihn gerichteten Spieß umdrehte: Herrn Roeren flogen die Fetzen vom Leibe, und mit seiner Stellung als Politiker und Parlamentarier ist's ein für allemal vorbei. Der Schlag, der in ihm das Zentrum traf, war geradezu vernichtend, und mit tiefem Atemzuge sog man den frischen Luftzug ein, der so urplötzlich und unvermutet vom Regierungstische her wehte. Das Echo in der Presse, die vielstimmigen privaten Kundgebungen müssen Bülow und Dernburg davon überzeugt haben, daß sie eine überwältigende Gefolgschaft hinter sich gehabt hätten, wenn sie jetzt, im rechten Moment, das Signal zur allgemeinen Attacke gegen die Zentrumsherrschaft gegeben hätten. Die Stimmungsdisposition im deutschen Volke war gegeben, aber sie wurde nicht wahrgenommen, eine gute Gelegenheit verpaßt, um mit Aussicht auf Erfolg den Zentrumsturm ins Wanken zu bringen. Nichts ist geschehen und offiziös ist schleunigst versichert worden, daß von einer politischen Absage an das Zentrum keine Rede sei. Man muß dem Fürsten Bülow leider den Vorwurf machen, daß er, wie einst Hannibal, manchmal zu siegen, aber nie seine Siege auszunützen versteht. Das Zentrum hätte dem allgemeinen Ansturm schwerlich standhalten können. Es hätte entweder kapitulieren oder sich in eine Oppositionspartei verwandeln müssen. Schon der letztgenannte Fall wäre der Anfang vom Ende der jetzigen unerträglichen Reichstagsmisere gewesen. Selbst eine Auflösung des Reichstags und eventuelle Neuwahlen hätten unter relativ sehr günstigen Verhältnissen stattgefunden, wenn die Regierung verstanden hätte, die günstige Gelegenheit geschickt beim Schopfe zu ergreifen. Selten hat sich ihr so zum Greifen die Möglichkeit geboten, das schwindende Vertrauen großer Bevölkerungsschichten wiederzugewinnen und ihre Führereigenschaft im Kampfe gegen unerträgliche ultramontane Knechtung zu bewähren. Na, es ist wieder einmal bei schönen Gedanken und Hoffnungen geblieben; das Volk ist zwar enttäuscht darüber, daß die so vielversprechende Aktion gegen das Zentrum wieder eine klassische Halbheit geblieben ist — aber was tut's, wenn nur die inneren Krisen vermieden werden und ruhig weitergeredet und fortgewurstelt werden kann: Lieb' Vaterland, magst ruhig sein!

Doch eine Hoffnung bleibt, daß das deutsche Volk sich diese ultramontane Tyrannei nicht länger mehr gefallen läßt. Wozu immer nach der Regierung sehen und von ihr erlösende Taten erwarten, die unter dem heutigen Regime doch für alle Zeit ausbleiben werden? Das deutsche Volk ist mündig geworden und sollte sich dieser Mündigkeit würdig erweisen, indem es mit dem Stimmzettel in der Hand sich von unwürdigen Ketten befreit. Nicht lange mehr, so treten wir in die Aera der Vorbereitungen für die nächste Reichstagswahl. Da sollte man ja nicht vergessen, aus der Zentrumsblamage die praktischen Folgerungen zu ziehen, denn der Boden ist bereitet für den antiultramontanen Samen; selbst die zahme offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg." wittert Morgenluft, wenn sie in ihrer Wochenschau bezüglich des Duells Bülow-Dernburg contra Roeren sagt: „Der außerordentliche Beifall, mit dem die Erklärungen des Reichskanzlers und des Kolonialdirektors im Reichstage und in der Oeffentlichkeit aufgenommen worden sind, beweist, wie sehr man diese nach reiflicher Ueberlegung seitens der Regierung für notwendig erkannte Beleuchtung eines unzulässigen Beeinflussungssystems als befreiende Tat empfunden hat." Stimmt, aber weshalb ist nicht mehr geschehen, wo doch so günstige Handhaben gegeben waren?! Jetzt wird alles beim alten bleiben; das Zentrum hat seine Skandal- und Rachlucht befriedigt, hat aber andererseits Gründe genug, aus Anlaß der letzten Vorgänge auf dem Gebiete der Kolonialpolitik nicht in eine allgemeine politische Opposition überzugehen. Es weiß recht gut, wie ungeschickt das im gegenwärtigen Augenblick wäre; beherzigt den alten Satz, daß Sekt und Rache kalt genossen werden müssen: weiß seine Zeit abzuwarten, versucht, Herrn Roeren von den Rockschößen abzuschütteln und bläst sogar — vorläufig! — in das Horn weiser Mäßigung. Das maßgebende Zentrumsorgan, die „Köln. Volksztg." schreibt z. B.: „Es ist billig und vernünftig, zunächst dem neuen Manne, der ja erst wenige Monate im Amte ist, die nötige Zeit zu lassen; im nächsten Jahre wird man dann ja sehen! Nach alledem und besonders nachdem auch der Abgeordnete Erzberger, der doch nach allgemeinem Urteil weitaus den größten Eifer in der Aufdeckung kolonialer Mißstände entfaltet hatte, sich in diesem Sinne ausgesprochen hatte, mochte Herr Dernburg wohl erwartet haben, daß man ihm sozusagen eine Schonzeit bewilligen und auch nicht immer wieder die Sünden einer früheren Aera vorhalten werde. Es ist auch begreiflich, daß die Erörterung dieser ganzen Mißwirtschaft, darunter auch der furchtbarsten Greueltaten, von den Männern der Regierung mit Rücksicht auf die Stimmung im Auslande, die ohnehin nicht die beste ist, sehr schmerzlich empfunden wird. Diese Empfindung ist auch gar nicht auf die Regierungskreise beschränkt; wir teilen sie wie alle patriotischen Deutschen, welche den Wechsel der Weltlage aufmerksam verfolgen." Köstlich, wie das Zentrum auf einmal sein „patriotisches Herz" entdeckt, nachdem es durch sein Vorgehen den deutschen Namen vor aller Welt in leichtsinnigster Weise verleumdet hat! Und noch eins ist an dieser Erklärung bemerkenswert: sie beweist, daß das Zentrum augenblicklich um jeden Preis Frieden haben möchte, mindestens keine Krisengelüste verspürt. Sehr verständlich, man wollte mit Erzbergerschen und Roerenschen Enthüllungen Fanfaren blasen und endete im Wurstkessel, hart bedrängt von aller Welt. . . . Da möchte man vorerst Ruhe haben und das bekannte Gras über den fatalen Reinfall wachsen lassen. Der Gefallen aber darf dem Zentrum nicht getan werden; hat die Regierung ihren Sieg nicht ausgenützt, so gilt es jetzt für das deutsche Volk angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen: Auf zur Attacke gegen das Zentrum, auf zum Angriffe gegen die schwarz-rote Tyrannei, unter der Deutschland verkommen und versumpfen muß!

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Am Bundesratstische Staatssekretär v. Tschirschky und Graf Posadowsky. Der Gesetzentwurf zur Ausführung der Generalakte der Algeciras-Konferenz wird in dritter Lesung en bloc angenommen. Dann wird in die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie eingetreten. §§ 1 bis 21 werden debattelos angenommen. § 23 besagt: „Für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit dürfen von den Behörden Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten, sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen verviefältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden." — Abg. Stadthagen (Soz.) befürwortet einen sozialdemokratischen Antrag, hinter dem Worte „dürfen" die von der Kommission eingefügten, bei der zweiten Lesung jedoch wieder gestrichenen Worte „nur auf richterliche Anordnung" wieder einzuschalten, wie auch die Anfertigung von Bildnissen ohne Einwilligung des Berechtigten im § 1 zu bezeichnen. Auch soll dem Paragraphen der Satz hinzugefügt werden: „Die richterliche Anordnung darf nur auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen erteilt werden." Redner motiviert den Antrag mit der Notwendigkeit, polizeilichen Eingriffen in das persönliche Recht auf das eigene Bildnis entgegenzutreten. — Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, es handle sich in dem Paragraphen nur um bestehendes Recht, das durch ein reichsgerichtliches Anerkenntnis ausdrücklich festgelegt worden sei. Sollte der sozialdemokratische Antrag vom Hause angenommen werden, so könne er die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu diesem ganzen Gesetz nicht in Aussicht stellen. — Abg. Henning (kons.) erklärt sich gegen den Antrag, der seiner ganzen Materie nach nicht in dieses Gesetz hineingehöre, und durch dessen Annahme überdies das ganze Gesetz scheitern würde. — Der Antrag wird abgelehnt und § 23 unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. — Auf Antrag Müller-Meiningen (freis. Ver.) wird beschlossen, daß das Gesetz erst am 1. Juli (statt 1. Januar 1907) in Kraft treten soll. Mit dieser Aenderung gelangt das Gesetz definitiv in der Schlußabstimmung zur Annahme. — Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Aenderung der Gewerbeordnung betr. das Baugewerbe. — Abg. Schrader (freis. Ver.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Freunde, an einem größeren Schutze der Bauarbeiter gegen Unfälle mitzuwirken, dagegen lehnten sie den kleinen Befähigungsnachweis ab. Unser Baugesetz stehe im größten Ansehen und da wolle man es hier geradezu unter Polizeiaufsicht stellen? Diese Vorlage lehnten seine Freunde ab. — Geheimrat Spielhagen widerspricht nur kurz einer Aeußerung des Vorredners, als sei hier von einer Art polizeilichen Konzessionsverfahren die Rede. Es komme durchweg das Verwaltungsstreitverfahren zur Anwendung. — Abg. Böttger (nat.-lib.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zum Gesetze in vorliegender Fassung. Auf einige von ihm gestellte Anfragen erwidert Geheimrat Spielhagen, gerade der Tiefbau, bei dem begreiflicherweise die Anforderungen an den Unternehmer nicht so groß zu sein brauchten wie beim Hochbau, sei Anlaß zu der hier gewählten Form der Unterstellung unter § 35 der Reichsgewerbeordnung gewesen. Weiter könne er versichern, daß auf Grund dieser Gesetze im gegebenen Falle auch gegen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht werde eingeschritten werden können. — Abg. Frohme (Soz.) bekämpft den Entwurf wegen seiner zünftlerischen Tendenzen und erblickt den ausgiebigsten Schutz gegen Bauunfälle in einer weit über das bisherige Maß verstärkten Bankontrolle unter Beteiligung von Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen. — Abg. Pauli-Potsdam (wildkons.) widerspricht dem ihm und seiner Richtung gemachten Vorwurfe, zünftlerische Tendenzen zu verfolgen. Nein, mit der alten Zunft haben wir längst abgeschlossen. Die Erfahrungen mit dem Bauarbeiterverbande machen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren unmöglich. Fegen Sie doch selbst bitte vor Ihrer eigenen Tür. Bei dem Baue des Gewerkschaftshauses in Halle ist ein Gerüst zusammengebrochen, wobei Menschen verletzt wurden, obgleich eine Arbeiterkommission zur Kontrolle eingesetzt worden war. Sie sehen, Arbeiter als Kontrolleure bieten auch keine Sicherheit. Menschen sind Menschen und machen Fehler, ob es Arbeiter oder Arbeitgeber sind. Aber so lange Sie uns nicht die Sicherheit geben, daß Sie nicht einfach Ihre Agitatoren in die Kontrolle hineinwählen, können wir uns auf Ihre Forderungen nicht einlassen. Für Sie ist das ja die Hauptsache. Deshalb lehnen Sie das Gesetz ebenso ab, wie Sie es bei allen Arbeiterwohlfahrtsgesetzen getan haben. Einen ausreichenden Bauarbeiterschutz wollen wir auch. — Abg. Erzberger (Zentr.) erklärt das Gesetz für eine willkommene Abschlagszahlung und ein Entgegenkommen der verbündeten Regierungen gegenüber der gesamten Handwerkerbewegung. Mit dem Schlagworte Zünftelei sollte man doch nicht mehr kommen. Die Zünftler existierten nicht mehr, die holen Sie sich aus Ihrem Raritätenkabinett von vor 70 Jahren hervor. Sie können keinen intelligenten Handwerker nennen, der die Zunft wieder aufleben lassen will. Auch wir wünschen eine weitergehende Kontrolle unter Heranziehung der Arbeiter, aber der sozialdemokratische Entwurf ist undurchführbar. Redner befürwortet Heranziehung der Arbeiter zur Kontrolle auf Grund bundesrätlicher Verordnung gemäß § 120e der Gewerbeordnung. Die Unfälle werde man damit zwar nicht beseitigen, aber doch herabmindern. Die Arbeiter würden in ihrem eigenen Interesse nicht Agitatoren, sondern die tüchtigsten und sachverständigsten Vertreter als Kontrolleure wählen. — Abg. Frohme (Soz.) nennt die Handwerkerpolitik des Zentrums zünftlerisch, keine Arbeiterpolitik reaktionär. — Artikel 1 wird dann angenommen. Artikel 2 führt den indirekten Befähigungsnachweis ein mit der Bestimmung, daß Mangel an praktischer oder theoretischer Vorbildung nicht als Tatsache zur Begründung der Unzuverlässigkeit geltend gemacht werden kann gegenüber Bauunternehmern und Bauleitern, die die Meisterprüfung bestanden haben. — Abg. Kuhnert (freis. Volksp.) bekämpft diesen Artikel, der seinen Freunden die Annahme des ganzen Gesetzes unmöglich mache. Kein Amt schütze vor Dummheit. — Artikel 2 wird dann ebenfalls genehmigt, ebenso der Rest des Gesetzes. Schließlich wird das ganze Gesetz gegen Sozialdemokraten und Freisinnige in der Schlußabstimmung angenommen. — Schluß: 6¼ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Interpellation betreffend die Fleischnot.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem Reichstage ist die angekündigte diplomatische Mitteilung betreffend Marokko zugegangen, die in gleichlautender Form von den Botschaftern

Pramanns Erbswurst! Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/S.